

Politische Ordnung und psychische Deformation

Zur Psychopathologie des politischen Bewusstseins

Professionelle Deformationen der Akteure

Politik verdirbt den Charakter. Dies ist eine leicht dahingesagte, von vielen Nichtpolitikern dennoch ernst gemeinte Floskel. Es ist ein Hinweis auf reale Defizite der Politik, und doch ist es eine Aussage, die in Wahrheit mehr verbirgt als erhellt. Die Wahrheit über den Zusammenhang zwischen Politik und mentaler Verfassung nämlich ist viel weniger harmlos, als dass sie mit einem solchen Satz beschreibbar wäre.

In der Feststellung, dass Politik den Charakter verderbe, vermischen sich Ernst und Ironie, Befremden und Selbstbestätigung, Erschrecken und Erleichterung in einem vieldeutigen Bewusstseinszustand. Es ist zumeist eine Spur Selbstlob darin, ein kaum verhohlener Stolz darauf, nicht selbst den charakterlichen Deformationen der Politik anheimzufallen. Es ist auch ein Befremden über die Sphäre der Politik darin, eine ehrliche Erschrockenheit darüber, von charakterlich deformiert erscheinenden Menschen regiert zu werden. Es spricht daraus aber auch eine Mischung aus Respekt und Verachtung gegenüber jenen, die den übrigen Bürgern das schwierige Geschäft der Politik abnehmen und sich eben dabei dem Risiko von Persönlichkeitsdeformationen aussetzen.

Wenn in solchem Diktum zugleich ironische Distanz liegt, dann sicher auch deswegen, weil die charakterliche Verderbnis durch die Politik für Nichtpolitiker schwer durchschaubar ist. Vielleicht ist die Mehrheit der Bürger sogar erleichtert darüber, dass Politik bei ihren Akteuren nicht noch Schlimmeres auslöst. Charakterliche Verschleißerscheinungen nämlich gelten weithin als eine durchaus entschuldbare Begleiterscheinung politischer Machtausübung oder sogar als Voraussetzung für politisches Durchsetzungsvermögen. Demnach wäre es von Politikern zuviel verlangt, neben Machtinstinkt und Finesse im Umgang mit der politischen Öffentlichkeit auch noch eine vollends integre Persönlichkeit aufzuweisen.

In solcher Einstellung zur Politik, zur Politik als Beruf zumal und damit insbesondere zum Berufspolitiker, steckt ehrlicher Realismus. Dennoch ist die Wirklichkeit des politischen Lebens weit beunruhigender, als dass sie in der Fest-

stellung charakterlicher Anfeindungen für Politiker fassbar wäre. Politik beschädigt nicht nur den Charakter, und sie beschädigt nicht nur aktive Politiker. Politik, wie sie in der herrschenden Staatsordnung betrieben wird, beschädigt auch die Seele. Sie richtet psychische Deformationen bei den Politikern an, und sie tut dies - in der Wirkung nicht weniger fatal - auch bei einer breiten politischen Öffentlichkeit.

In der Einstellung der Öffentlichkeit zum Tätigkeitsfeld Politik gibt es einerseits den Unmut über Politiker, Parteien und den Staat als solchen, es gibt eine Sensibilität für die Defizite der Politik und die von ihr ausgehenden Gefährdungen, und es gibt auch das Bestreben, sich diesen Gefährdungen zu entziehen. Nicht weniger stark ist aber die Überzeugung, sich mit der Politik, so wie sie ist, letztlich arrangieren oder sich sogar für sie engagieren zu müssen. Manche Bürger vermögen sich mit diesem Widerspruch, dem Unmut über die Politik einerseits und der Überzeugung von ihrer Notwendigkeit andererseits, scheinbar unbeschadet zu arrangieren. Eine Mehrheit aber teilt sich eher in die Kategorien jener, die sich zum eigenen Schutz von solcher Politik abwenden, und jener anderen, die sich zu eben dieser Politik wegen ihrer vermeintlichen Alternativenlosigkeit bekennen.

Zumindest eine der besonderen Eigenschaften der Politik, die ihren Akteuren charakterliche und psychische Beschädigungen zufügt, ist leicht auszumachen. Es ist die so genannte Allzuständigkeit. Politiker in nationalen Parlamenten, aber auch in der viel unauffälligeren Eigenschaft als gewöhnliche Parteimitglieder sind zuständig für die Politik als ganze. Sie dürfen und sollen sich politisch umfassend verantwortlich fühlen. Sie sollen die notwendige Kompetenz ausstrahlen, um als Teil des Parlaments oder der Partei für die Politik als ganze zu stehen und um sie vor den übrigen Bürgern als ganze verantworten zu können. Sie sollen den Eindruck vermitteln, auf dem gesamten Feld der Politik Meinungsbildung betreiben, mitentscheiden und handeln zu können. Als Parlamentsmitglied, als Parteimitglied, aber selbst als schlichter Bürger, der solche politischen Funktionsträger als demokratischer Souverän wählen soll, steht man für die Politik als ganze.

Dahinter verbirgt sich ein hoher Anspruch. Dieser wurde und wird noch immer als selbstverständliche Voraussetzung für eine funktionsfähige Demokratie erachtet. Die politische Wirklichkeit aber hat sich hiervon in einem langen Prozess immer weiter entfernt. Politiker, seien sie ehrenamtlich, nebenberuflich oder auch hauptberuflich tätig, und erst recht natürlich die einzelnen Bür-

ger vermögen die Politik als ganze zunehmend weniger zu durchschauen. Politiker sind weniger denn je in der Lage, in jedem Bereich der Politik kompetent mitreden und mitentscheiden zu können. Je mehr sie noch vorgeben, eben dies zu können, desto dilettantischer wird dadurch ihr Auftreten, und desto inhaltsärmer, reflexhafter und fadenscheiniger wird auch ihre politische Rhetorik. Desto mehr leidet ihre politische Glaubwürdigkeit unter dem öffentlich gestellten, aber nur um so unerfüllbarer gewordenen Anspruch.

Dem politischen Akteur ist es in der gegebenen Staatsordnung verwehrt, die Unerfüllbarkeit dieses Anspruchs zu offenbaren. Wer Politik mitbetreiben und mitentscheiden will, muss möglichst glaubhaft den Eindruck vermitteln, eben diesem Anspruch gewachsen zu sein. Parteien und Parlamente müssen dies von ihren Mitgliedern verlangen, und die politischen Akteure geben diesem Verlangen dementsprechend bereitwillig nach. Der Glaube, für die Politik als ganze zuständig sein zu können, wird von der politischen Ordnung genährt, und damit schafft diese Ordnung sich auch immer wieder selbst das notwendige personelle Reservoir, das diesem Glauben folgt.

Auch wenn dieser Glaube Wahrheiten verdrängen hilft, birgt er doch hohe Versprechungen. Er birgt für seine Anhänger vor allem das Versprechen der Bedeutsamkeit. Er verleitet die politischen Akteure dazu, sich ein Maß an persönlicher Bedeutung zuzuschreiben, das sich aus der Bedeutung des Staates als ganzem herleitet. Er erlaubt es insbesondere den Parteien, sich als entsprechend bedeutende, weil allzuständige Staatslenkungsorganisationen zu gerieren, und er erlaubt es Parteimitgliedern, an dieser Bedeutsamkeit zu partizipieren.

Das Bedürfnis, sich als Politiker, als Parteimitglied oder auch als schlichter Bürger für den Staat als ganzen verantwortlich zu fühlen, trägt geradezu archaische Züge. Es rührt aus Epochen her, in denen das Staatsvolk noch ein überschaubares Kollektiv und die Ziele der Politik und die Funktionen von Politikern gleichermaßen leicht überschaubar waren. Ein solches Bedürfnis für die Gegenwart und die Zukunft, für einen in seinen Funktionen sich grundlegend verändernden Staat also bewahren zu wollen, ist indes nicht nur ein historisches Versäumnis, nicht nur Zeugnis einer schleppenden politischen Bewusstseinsentwicklung. Es ist mittlerweile auch Zeugnis einer psychischen Anomalie, einer Politikneurose mit vielfach mythomanischen Zügen. Es steht für die Versuchungen eines unbedingten, in solcher Erscheinungsform aber

antiquierten Wichtig-sein-Wollens, wichtiger allemal als diejenigen, die sich eine politische Zuständigkeit für den Staat als ganzen nicht zutrauen.

Natürlich hat diese Bedeutsamkeitsneurose auch mit Machtstreben zu tun, mit der Droge politischer Macht und daher auch mit deren Suchtpotential. Das Gefühl politischer Wichtigkeit ist ein Derivat der Macht. Je größer die Macht der politischen Führungspersonen, desto größer ist der Drang, nicht nur selbst eine solche Person zu werden oder ihr zu Diensten zu sein, sondern auch, an ihrer Bedeutsamkeit teilzuhaben. Weitreichende politische Macht ist - auch und gerade in der bestehenden demokratischen Ordnung - einem kleinen Personenkreis vorbehalten. Allein das Gefühl, mit der Machtfülle der Mächtigsten in irgendeiner Weise, sei es auch nur symbolisch oder rhetorisch, verbunden zu sein, kann aber bereits ein wirksame Droge sein, und es hat ein entsprechendes Suchtpotential. Daher kann sich an der Droge der Wichtigkeit, der realen oder auch imaginierten Mitwirkung am politischen Ganzen, ein unverhältnismäßig großer Personenkreis berauschen.

Dies ist aber eine Droge, die blind macht für wichtige Aspekte der Realität. Sie macht insbesondere blind dafür, dass die herrschende Staatsform dazu zwingt, Politik einer grandiosen Simplifizierung zu unterwerfen. Sie macht auch blind für die Überforderung, der generalistische, sich allzuständig wahnende Politiker zwangsläufig anheimfallen. Sie macht blind für deren Dilettantismus. Sie zwingt die politischen Akteure zur anmaßenden Aufrechterhaltung eines Als-ob, zur Simulation einer menschenunmöglich gewordenen, allumfassenden politischen Kompetenz und dazu, den Glauben an diese Kompetenz vor der politischen Öffentlichkeit und vor sich selbst hochzuhalten.

Die langfristigen Folgen hiervon sind absehbar. Sie beginnen mit einer unterschwelligen Wahrnehmung der eigenen Überforderung, und sie führen im weiteren zu der Ahnung, die Fassade eine souveränen Allzuständigkeit immer schwerer bewahren zu können. Die Akteure vor allem auf den obersten Politikebenen werden damit zu zunehmend durchschaubaren, in gewisser Weise aber auch tragischen Figuren. Sie werden zu Darstellern, die auch vor sich selbst eine kaum erträgliche Wahrheit zu verbergen haben.

Natürlich sind die politischen Akteure hiervon unterschiedlich betroffen. Je weniger sie noch vom Selbstzweifel berührt sind, je unbefangener sie also noch ihre Rolle zu spielen vermögen, desto besser passen sie ins System. Die Zahl derer aber, die ihre Rolle mit auffallender Fadenscheinigkeit spielen, und auch die Zahl der sichtbaren psychischen Opfer der Politik ist schon seit langem

groß genug, um das gesellschaftliche Renommee von Politikern dauerhaft zu beschädigen. Was den psychischen Deformationen durch politische Aktivität einstweilen noch entgegenwirkt, ist vor allem der Umstand, dass das politische Personal sich von den eigenen Darstellungskünsten blenden lässt.

In solchem Umfeld sind die positiven Beispiele, sind also politische Akteure, die sich der eigenen Grenzen bewusst sind und sich hierzu auch öffentlich bekennen, zwangsläufig rar. Solches Bekenntnis gelingt, weil es sonst allen Chancen auf Macht und Einfluss im Weg stünde, allenfalls im Nachhinein. Es gelingt bestenfalls dem Politpensionär, der nach einer erfolgreichen Karriere selbstkritisch auf sein eigenes Wirken zurückblickt und sich dabei auf ein Ringen mit der eigenen Politikneurose und den eigenen charakterlichen und psychischen Deformationen einlässt.

Zu den wenigen prominenten Politikern, die sich im Nachhinein wenigstens andeutungsweise mit der Eventualität eigener Überforderungen auseinandergesetzt haben, gehört der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt. Er hat im Nachhinein die Größe gezeigt, eine Angst vor dem Kanzleramt einzugestehen, eine Angst vor der Verantwortung der Kanzlerschaft, die letztlich nichts anderes war als eine unterschwellige Angst vor der eigenen Überforderung. Eingestanden hat er sogar eine gewisse Erleichterung über das unfreiwillige Ende seiner Amtszeit, das insofern auch das freiwillige Ende einer erahnten eigenen Überforderung bedeutete.

Helmut Schmidt war nicht nur ein begnadeter, in dieser Eigenschaft weit überdurchschnittlicher Politikdarsteller, sondern er verfügte auch über ein überdurchschnittliches Maß an fachpolitischer Kompetenz. Er selbst schien zumindest tief überzeugt, Politikerkollegen auf fast allen Gebieten intellektuell überlegen zu sein. Die Angst, als allzuständiger Politiker inkompetenter zu sein als andere, war ihm offenkundig fremd. Wenn er Angst vor der allzuständigen Verantwortung eines Kanzlers einräumte, musste er daher auch überzeugt sein, jedem anderen stünde eine noch größere Angst vor solcher Verantwortung an; jeder andere also sei erst recht von einem solchen Amt, von der damit verbundenen Allzuständigkeit für das Große und Ganze der Politik überfordert, jeder andere in dieser Position wäre zu noch größerem Dilettantismus verurteilt und noch mehr auf die Rolle eines Politikdarstellers reduziert.

Diese Helmut Schmidt zuzuschreibende Einsicht ist um so beachtenswerter, als der Umfang allzuständiger politischer Verantwortung seit seiner Amtszeit

kontinuierlich gewachsen ist und weiter wächst. Dies trifft in besonderem Maß auf die höchsten Ebenen politischer Verantwortung zu. Es gilt aber analog auch für all jene Personen und Institutionen, die nach dem Prinzip der politischen Allzuständigkeit funktionieren sollen. Zunehmend von ihren Aufgaben überfordert ist nicht nur ein Regierungschef, sondern es sind vor allem auch Parlamente und Parteien.

Von einem Politiker wie Schmidt mag ein solches Eingeständnis überraschen. Schmidt war der überragende generalistische Selbst- und Politikdarsteller, der besser als andere noch die Illusion vermittelte, es gebe ein hinreichend kompetentes, auch der politischen Allzuständigkeit gewachsenes Personal. Auch als Politpensionär verharrte er in dieser Rolle, die ihn ein Politikerleben lang geprägt hatte. Es war nicht die Rolle des Selbstzweiflers, der sich seiner systembedingten professionellen Deformationen bewusst werden wollte. Sein nachträgliches Bekenntnis zur eigenen Überforderung fand daher eher auf Nebenschauplätzen einer öffentlich fortgesetzten Selbstdarstellung statt. Dennoch bleibt dieses Bekenntnis ein wichtiges Indiz dafür, welchen unzeitgemäßen Anforderungen zeitgenössische Politiker sich aussetzen.

Das verhaltene Beispiel Schmidts hat nicht Schule gemacht. Dies war schon deswegen nicht zu erwarten, weil in der nachfolgenden Ära die öffentliche Politikdarstellung noch mehr über die fachliche Auseinandersetzung mit politischen Problemen dominierte. Die Chancen nachdenklicherer, auch des öffentlichen Selbstzweifels fähiger Personen wurden dadurch in der Politik noch geringer, und die Frage, ob allzuständige Politiker ihrer generalistischen Verantwortung überhaupt gerecht werden können, in der öffentlichen Meinung nicht akuter. Wer wirklich willens wäre, sich und der politischen Öffentlichkeit auch nur im Nachhinein politische Überforderungen einzugestehen, hätte heute im personellen Ausleseprozess demokratischer Institutionen weniger Chancen denn je.

Es wundert nicht, wenn unter solchen Umständen die Persönlichkeitsdeformationen durch die Politik noch zunehmen. Die Berauschung an der Droge unzeitgemäßer Wichtigkeit setzt sich fort, und sie wird weiterhin erkaufte durch neurotische Verdrängung des politischen Überforderungssyndroms. Dass Politik auf diese Weise fortgesetzt, dass also die Droge politischer Wichtigkeit weiter in althergebrachter Weise konsumiert wird, hat sicher auch mit dem rückwärtsgewandten, an historische Vorbilder unkritisch anknüpfenden Politikverständnis zu tun. Demokratische Politik, die als generalistisches Spiel um

das Ganze gespielt wird, orientiert sich an der Geschichte demokratischer Staaten, aber ebenso noch am Vorbild mächtiger Monarchen und ihrer geschichtsträchtigen Bedeutsamkeit. An solchen Vorbildern gemessen, kann der Politik selbst im Scheitern noch die respektgebietende Aura historischer Bedeutsamkeit zukommen. Ob indes zeitgenössische und künftige Politiker auch im Scheitern noch auf eine solche geschichtliche Rolle hoffen dürfen, ist mehr als zweifelhaft. Je weniger die Überforderung durch generalistische Politik noch durch Darstellungskünste zu verbergen ist, desto offenkundiger wird nämlich auch die eigentliche Trivialität herkömmlicher Politik. Desto offenkundiger wird insbesondere die Trivialität eines der Aura historischer Bedeutsamkeit entkleideten politischen Scheiterns.

Deformationen der politischen Öffentlichkeit

Es ist natürlich in erster Linie die so genannte politische Klasse, die von den Versuchungen allzuständiger Politik und den dadurch ausgelösten psychischen Deformationen am stärksten bedroht ist. Diese Art von Politik wäre aber nicht so zählebig, wenn deren Versuchungen nicht auch auf weite Kreise scheinbar Unbeteiligter wirkten. Die meisten Bürger hängen an der Illusion von der Beherrschbarkeit allzuständiger Politik. Sie haben ein spontanes Bedürfnis, politische Verantwortung auf so einfache Weise, an eine einzelne Partei etwa oder einen einzelnen Kandidaten delegieren zu können, wie die bestehende Staatsordnung es ermöglicht. Insofern möchten sie sich, solange es irgend geht, über die uneingestandene Inkompetenz der politischen Klasse hinwegtäuschen lassen.

Es ist aber nicht nur diese passive, auf Bequemlichkeit gründende Zustimmung, auf die sich die überfordernde politische Allzuständigkeit stützen kann. Die Politik in ihrer herkömmlichen Form bietet den Bürgern auch die Chance, von der Droge der Bedeutsamkeit mitzukosten. Schon die schlichte Teilhabe am politischen Alltagsdiskurs bietet hierzu die Gelegenheit, selbst der vielzierte politische Stammtisch, der Vollzug demokratischer Rituale und sogar die mancherorts noch immer spürbare Dankbarkeit dafür, dass der Staat überhaupt demokratisch ist und seinen Bürgern das Wählen erlaubt. Wenn den Bürgern eine Mitentscheidung darüber zugestanden wird, welche Parteien und Personen mehrheitlich über Politik entscheiden dürfen, dann kann jeder sich mental und rhetorisch an der Bedeutungsfülle seines allzuständigen Staates mitberauschen. Dies aber schafft eine breite politische Öffentlichkeit, die

sich Kritik an der politischen Ordnung allenfalls widerstrebend zu eigen macht.

Es sind vor allem die mitredenden Mitläufer, die auf solche Weise von der politischen Ordnung profitieren. Noch stärker aber kommt diese Art von Politik dem Bedürfnis entgegen, selbst im politischen Widerstand noch der eigenen Wichtigkeit gewahr zu werden. Wer es mit allzuständigen Institutionen oder einem allzuständigen Staat als Widersacher zu tun hat, für den wird auch der Widerstand hiergegen noch zum Erlebnis einer übersteigerten Wichtigkeit. Auch solcher Widerstand wird so zum Instrument uneingestandener Egomanie, zur Berauschung an der Bedeutsamkeit, die sich aus der Selbstdarstellung des politischen Feindes herleitet. Der allzuständige Staat wird dabei zu einem geradezu verklärten Gegner, ohne den die Bedeutsamkeitsdroge erheblich an Wirkung verlöre.

Auch wer sich entschlossen gegen die Politik herkömmlicher Regierungen, Parlamente und Parteien auflehnt, kann auf diese Weise zum Komplizen der bestehenden Ordnung mit ihrer überfordernden Allzuständigkeit werden. Dies gilt für Führungspersönlichkeiten und Mitglieder verschiedenartiger Protestparteien, und es gilt insbesondere für die Parteien des jüngeren Rechtspopulismus. In diesen Parteien ist keinerlei Sensibilität für politische Überforderungen und den daraus resultierenden Dilettantismus spürbar, der egomanische Drang in die überfordernde Verantwortung aber umso ausgeprägter. Dennoch ist der Rechtspopulismus ein vergleichsweise harmloses Symptom systembedingter Politikneurosen. Er betreibt eine eher konventionelle Auseinandersetzung mit den etablierten Parteien, und er neigt dazu, sich eben hierin zu erschöpfen. In seiner Rhetorik offenbart sich, wie sehr er von der Bedeutsamkeitsneurose etablierter Parteien infiziert ist und wie sehr er letztlich danach strebt, nur mit veränderter Rhetorik in herkömmliche politische Rollen zu schlüpfen.

Eine fast symbiotische Komplizenschaft mit der bestehenden Ordnung lässt sich aber auch bei politischen Extremisten fast jeder Couleur ausmachen. Auch der Extremismus ist zumeist noch ein Versuch, am Bedeutsamkeitsrausch allzuständiger Institutionen zu partizipieren und ihn äußerstenfalls ganz für sich zu haben. Der Extremist zeigt noch weniger Bereitschaft als andere, seine eigene politische Bedeutsamkeit zurückhaltend zu definieren, und er offenbart eben damit eine Affinität zur bestehenden politischen Ordnung. Er verletzt zwar deren Regeln, aber er trägt seinerseits dazu bei, die Aura der Bedeut-

samkeit etablierter, d.h. allzuständiger Politik zu stärken. Sogar im Umgang mit solchem Extremismus und mit politischem Terror vermögen daher allzuständige Politiker, ihre Parteigänger und ihre mitredenden Mitläufer noch ihre eigene Bedeutsamkeitsneurose auszuleben.

Politischer Terror - bis hin zum Bürgerkrieg und Krieg - wird betrieben von Egomanen des Widerstands, die sich damit selbst zu psychischen Opfern der bestehenden politischen Ordnung machen. Bekämpft wird er zumeist von politischen Egomanen des etablierten Systems, die eben diesen Kampf noch zur Selbstbestätigung und zur Ablenkung von ihrer eigenen Überforderung nutzen. So tragen der Terror und der Kampf gegen denselben dazu bei, Politik übersichtlicher, deren Ziele klarer und das politische Geschäft beherrschbarer erscheinen zu lassen, als es in Wahrheit seit langem der Fall ist. Krisen, wie der politische Terror sie heraufbeschwört, Krisen insbesondere, die einem Feindbild Kontur geben und damit das Zusammenschweißen klarer politischer Mehrheiten erleichtern, nützen insofern noch immer der herkömmlichen Ordnung. Wenn der Terror gar zum Anlass genommen wird, um einen Krieg gegen denselben auszurufen, dann ist genau dies eine Demonstration solcher vermeintlichen politischen Stärke, die doch nur eine systembedingte Schwäche kaschieren hilft. Auch und gerade die Kriegsbereitschaft, die Bereitschaft vor allem zu Kriegen, deren militärische Risiken für die eigene Bevölkerung unbedeutend sind, dient der Ablenkung von überfordernden Mängeln in der politischen Ordnung. Das notorisch kurze politische Gedächtnis der meisten Bürger macht es möglich, dass sich dies sogar in vergleichsweise kurzen Abständen wiederholt.

Die andere Reaktion: Der Rückzug

Man kann nicht behaupten, die Bürger hätten hiervon nichts gemerkt. Auch wenn diejenigen in der Mehrheit sind, die der politischen Ordnung die Treue halten und insofern als mitredende Mitmacher zu gelten haben, zeigt ein großer Teil der Bürger doch Reaktionen. Es sind sicher nicht Reaktionen, die für sich genommen wegweisenden Charakter hätten. Man kann nicht erwarten, dass die Bürger mehrheitlich viel aufgeklärter oder auch abgeklärter wären als das politische Personal selbst. Dennoch geben viele zu erkennen, dass sie auf die Veränderungen in der Politik bewusst oder unbewusst reagieren, dass sie auch die von der Politik angerichteten psychischen Deformationen wahrnehmen und dass sie sich selbst hiervor zu schützen versuchen.

Wie aber reagiert man, wenn man die Politik in ihrer herrschenden Erscheinungsform intuitiv oder intellektuell ablehnt? Was tut man, wenn man die Rhetorik der politischen Akteure in ihrer Fadenscheinigkeit durchschaut? Was, wenn man spürt, dass die politische Personalauswahl nicht dem Kriterium der Kompetenz, sondern eher der Darstellungskunst und der Verdrängung eigener Überforderungen folgt? Was, wenn man politische Auseinandersetzungen hauptsächlich noch als inszenierte Schaukämpfe wahrnimmt? Wie lässt man handelnde Politiker spüren, dass man ihre Überforderung, ihr gestelztes Als-Ob, ihre aufgesetzte Rhetorik und die damit einhergehenden psychischen Deformationen zumindest erahnt? Wie reagiert man darauf, dass selbst die Auseinandersetzung um einfache, begreifliche Ziele, wie sie etwa in der Kommunalpolitik noch vorherrschen, als parteipolitische Kontroversen hochstilisiert und damit ideologisiert werden? Wie zeigt man, dass man dies nicht willenlos hinnimmt? Wie schützt man sich, wenn man die politische Rhetorik, wenn man die Art und Weise, wie reale Politik in der herrschenden Staatsform betrieben und vermittelt wird, zunehmend unerträglich findet?

Die spontane Antwort auf diese Fragen ist einfach. Vordergründig ist sie ein Rückzug aus den politischen Ritualen der Demokratie. Sie besteht insbesondere darin, nicht oder zumindest sporadischer das Wahlrecht auszuüben, und sie macht sich daher auch in niedrigen Wahlbeteiligungen bemerkbar. Hinter solcher vordergründigen Reaktion steht indessen ein tiefgreifender Einstellungswandel, nämlich eine weitgehende Entpolitisierung der Gesellschaft.

Entpolitisierung ist nicht gewünscht. Sie ist nicht erklärtes Ziel politischer Parteien, und sie ist auch kein Ziel der bestehenden politischen Ordnung. Sie ist von niemandem wirklich gewollt, und dennoch ist sie das folgerichtige Ergebnis dessen, was den Bürgern als Politik vorgespielt wird. Sie ist legitimes, wenn nicht sogar honoriges Symptom politischer Desorientierung. Der entpolitisierte Bürger schützt sich vor einer fadenscheinig gewordenen politischen Ernsthaftigkeit. Er schützt sich davor, selbst den psychischen Deformationen anheimzufallen, die er bei politischen Akteuren spürt. Er weicht aus vor deren Rhetorik, um nicht selbst eine Rolle spielen zu müssen, die er nicht beherrscht. Er nimmt damit die Entpolitisierung hin als ein geringeres Übel, das er der Deformation der Persönlichkeit durch politisches Mitreden und Mitmachen vorzieht. Die Entpolitisierung ist insofern ein Akt staatsbürgerlicher Selbstbehauptung.

So honorig dies aus Sicht des einzelnen Bürgers sein mag, so wenig nützt es indessen der Gesellschaft als ganzer. Die Abwendung von der Politik ist auch immer eine fahrlässige Hinwendung zu oberflächlicheren Phänomenen. Eine entpolitisierte Gesellschaft degeneriert zu dem, was mit dem Schlagwort der Spaßgesellschaft einigermaßen treffend bezeichnet ist. Die so genannte Spaßgesellschaft verneint nicht nur die politische Ernsthaftigkeit, und sie bringt nicht nur eine Öffentlichkeit erklärter politischer Nicht-Mitmacher und Nicht-Mitredender hervor. Ihre Entschlossenheit zum unpolitischen Spaß ist auch Kompensation für eine fehlenden Respektabilität der Politik. Sie arrangiert sich mit einem unabwendbar erscheinenden politischen Niveauverlust, aber sie arrangiert sich dabei auch mit ihrer eigenen Desintegration. Sie nimmt es hin, das unter dem Mantel der Spaßhaftigkeit ein Vielzahl politischer Probleme, Fragen beispielsweise der politischen Einflussnahme auf Kultur und Bildung, auf Immigration und Integration, auf Einkommensverteilung und soziale Gerechtigkeit, auf Umweltbewahrung, auf Regelkonformität und Rechtsstaatlichkeit, einer ernsthafteren gesellschaftlichen Auseinandersetzung entzogen werden. In einer solchen Gesellschaft wenden die Bürger sich der Politik nur noch in den Momenten zu, in denen deren Unterhaltungswert über das übliche Maß hinaus steigt. Dies wiederum erlaubt es den politischen Akteuren, Politik größtenteils unter sich auszumachen. Die entpolitisierte Gesellschaft hält auf diese Weise zu den konkreten politischen Entscheidungen wachsende Distanz.

Diese Distanz zur Politik hat aber weitreichende Folgen. Insofern sie ein Stück gewollter Individualisierung ist, stärkt sie auch die Durchsetzungskraft individueller Interessen. Sie tut dies im Rahmen des bestehenden Regelwerkes, im Rahmen also der Rechtsstaatlichkeit und der politischen Ordnung, aber sie tut es auch darüber hinaus. Die entpolitisierte Gesellschaft begünstigt die Tendenz, den Sozialstaat zum eigenen Vorteil regelwidrig auszunutzen, als Steuerzahler oder Subventionsempfänger den Fiskus zu hintergehen und allgemein die Regeln des Rechtsstaats weniger strikt zu beachten. Eine solche Gesellschaft wird damit auf lange Sicht auch regelloser und korrupter.

Die Politik müht sich indessen, die Spaßgesellschaft mit deren eigenen Mitteln einzuholen. Sie greift deren Rhetorik auf, um sich selbst als Teil von ihr, als Teil also einer entpolitisierten Gesellschaft zu inszenieren. Sie behandelt die Bürger als unterhaltungsbedürftige Politikkonsumenten, sie versucht, Kandidaten und Parteien wie Konsumgüter zu präsentieren, und sie entwickelt hierfür Marketingstrategien, die denen der Konsumgüterbranche auffällig nach-

empfunden sind. Sie stellt sich auf den Bürger scheinbar zeitgemäß ein, indem sie Politik selbst zum Showbusiness macht und damit zu einem im Grunde unpolitischen Spektakel. Dies allerdings verringert nicht den Verschleiß an Charakter und Seele, den die bestehende politische Ordnung sich vorhalten lassen muss. Es verlängert nur deren Lebensdauer.

Die Alternative

Die Persönlichkeitsdeformationen von Politikern und Bürgern allein der politischen Ordnung anzulasten, ist noch eine vergleichsweise optimistische Sicht der Dinge. Es gibt natürlich auch die pessimistischere Sicht, die solche Deformationen nicht der politischen Ordnung zuschreibt, sondern dem menschlichen Wesen. So gesehen wäre die Politik, wie ist, und mit ihr die bestehende politische Ordnung ein Spiegel der menschlichen Möglichkeiten. Die Akteure der Politik und die Bürger der Spaßgesellschaft stünden demnach nicht für Deformationen einer an sich vielversprechenderen Menschlichkeit. Auch wenn die Droge unzeitgemäßer Bedeutsamkeit in der politischen Ordnung angelegt wäre, wären doch das egomanische Verlangen danach und auch das damit verbundene Suchtpotential ein Merkmal der menschlichen Gattung. Die Allzuständigkeit der Politik mit ihrem überforderten Dilettantismus, die aufgeblähte politische Rhetorik, der mythomanische politische Widerstand, der Populismus, der Extremismus, der Terror und sogar die unkritische Entpolitisierung: All das wäre unabänderliche Realität, und wenn die bestehende Ordnung es ermöglichte, wäre sie gerade deswegen um so unerschütterlicher.

Für eine solche pessimistische Sicht der Dinge gibt es gute anthropologische Gründe. Der menschliche Wille und die menschliche Fähigkeit zu Fortschritt in Fragen der politischen Ordnung sind begrenzt. Realität ist, dass Politik in hohem Maß von menschlichen und insbesondere männlichen Instinkten geprägt ist, die ein wesentlich kompetenteres, friedlicheres und gerechteres Handeln utopisch erscheinen lassen. Historische Realität ist unter anderem auch, dass die Politik immer dann besonders konflikt- und gewaltbereit war, wenn es nachwachsende junge, für Bedeutsamkeitsneurosen schon altersbedingt anfällige Männer in Überzahl gab. Dies legt in der Tat den Schluss nahe, Staat, Gesellschaft und Politik seien in ihrer gegenwärtigen Verfassung mit den Möglichkeiten der menschlichen Spezies in Einklang. Die Irritation über die vermeintlichen psychischen Deformationen durch die Politik wäre insofern nur ein anthropologisches Unbehagen darüber, dass die politische Ordnung so ist, wie der "normale" Mensch es verdient.

Wahr ist, dass nicht die politische Ordnung allein am Zustand der Gesellschaft schuld ist. Eine politische Ordnung darf nicht vernünftiger sein wollen, als die Bürger es ertragen. Wenn sie der Vernunft eine zu starke Dominanz über elementarere, in der Gattungsgeschichte manifestierte Bedürfnisse zuwies, behielte sie immer utopischen Charakter. Dennoch hat die bestehende Ordnung Mängel, die selbst aus anthropologischer Sicht kein unentrinnbares Schicksal sein müssen. Der Rückzug aus der Politik in ihrer gegebenen Erscheinungsform ist daher allenfalls ein legitimes Provisorium. Legitimer wäre auf lange Sicht der konstruktive Widerspruch. Legitimer wäre es vor allem, für eine politische Ordnung zu streiten, die ihren Akteuren mehr Bescheidenheit vorschriebe, die ihnen beherrschbarere Aufgaben zuwies und sie damit von dem Zwang befreien würde, Überforderungen vor sich selbst und der Öffentlichkeit zu verbergen. Eine solche politische Ordnung wäre die mehrspurige Demokratie.

In einer mehrspurigen Demokratie würde der Staat in beherrschbarere, eigenständige Sparten aufgespalten. Den politischen Institutionen würden in jeder eigenständigen Sparte beschränktere, auf die menschlichen Möglichkeiten besser zugeschnittene Aufgaben zugewiesen, als es in der bestehenden Staatsform der Fall ist. Damit würde eine mehrspurige Demokratie sich auf vielfältige Weise von der bestehenden Staatsform absetzen. Sie würde unter anderem der egomanischen Selbstüberschätzung und der mit ihr einhergehenden politischen Rhetorik viel weniger Raum lassen. Sie würde die Selbstdarstellung als allzuständiger Politiker und allzuständige Partei beenden, und sie würde es dementsprechend schwerer machen, sich an der Droge unzeitgemäßer politischer Bedeutsamkeit zu berauschen. Eine solche Staatsform würde zwar nichts an vernunftwidrigen anthropologischen Gegebenheiten ändern, aber sie würde doch deren Wirkung auf die Politik und auf die politische Persönlichkeit erheblich mindern. Zumindest würde sie jenen Persönlichkeitsdeformationen ein Ende bereiten, die auf der vermeintlichen Notwendigkeit einer unzeitgemäßen Kompetenzzanmaßung beruhen.

Für die in der Staatsform anzulegende politische Bescheidung, wie die mehrspurige Demokratie sie vorschriebe, gibt es Beispiele. Es gibt Institutionen, die sich auf die Beherrschung nur eines politischen Problemfeldes beschränken, ohne zugleich den Entscheidungsinstanzen der übrigen Politik, den allzuständigen Parteien oder Parlamenten in irgendeiner Weise unterworfen zu sein. Solche Beispiele sind noch rar, und wo es sie gibt, sind sie noch zu sehr an die herkömmlichen politischen Prozesse angebunden, um politisch und fachlich

vollkommen unabhängig zu sein. Man findet sie aber in politisch halbwegs unabhängigen Zentralbanken vor, und man findet sie teilweise auch in Verfassungsgerichten, soweit dort eine fachliche Spezialisierung möglich ist. Dies sind Beispiele dafür, wie eine Beschränkung des politischen Kompetenzanspruchs die Integrität politischer Persönlichkeiten wahren helfen kann. Die Entscheidungsträger verfügen an diesen Stellen über hohe politische Verantwortung, aber sie berauschen sich dennoch nicht öffentlich an der Droge der Bedeutsamkeit. Sie walten ihres Amtes mit einer Zurückhaltung, die ihre fachliche Kompetenz unterstreicht und den öffentlichen Respekt vor ihnen mehrt, ohne ihrer realen politischen Bedeutung Abbruch zu tun. Solche Persönlichkeiten sind zwar auch Beispiele dafür, wie die Politik durch Selbstbescheidung an vermeintlichem Glanz und damit an Attraktivität für eine Spaßgesellschaft verliert, aber sie zeigen eben auch, dass solchem Verlust ein beträchtlicher Gewinn an charakterlicher und psychischer Integrität und an Glaubwürdigkeit gegenübersteht. Eine Staatsordnung wie die mehrspurige Demokratie, in der politische Verantwortung an solchen Vorbildern orientiert wäre, könnte somit nicht nur eine politische, sie könnte auch eine psychische Katharsis bewirken.

Eine so grundlegende Umwandlung des Staates bedürfte natürlich der Lenkung einer aufsichtsführenden Verfassungsinstanz. Sie bedürfte eines Verfassungsrates, der - ökonomisch gesprochen - als eine Art politischer Kartellbehörde über die abgespaltenen Staatssparten zu wachen hätte. Dieser hätte unter anderem dafür zu sorgen, dass nicht eine Partei oder gar eine Person sich zum Nachteil der Bürger eines zu großen Teils der Politik bemächtigt. Er hätte politischen Akteuren, Parteien und Parlamenten beherrschbare, sinnfällig abgegrenzte Aufgabenbereiche vorzugeben, damit sie sich den Bürgern nicht als überforderte und dementsprechend deformierte Persönlichkeiten präsentieren. Ein Sieg der Vernunft wäre dies allemal.

Wenn eine mehrspurige Demokratie der politischen Vernunft eine ungewohnt dominierende Rolle zuweist, dann mag eben dies auch als Widerspruch zum wahren, nämlich unvernünftigeren menschlichen Wesen gedeutet werden. Es mag sogar sein, dass die in der herkömmlichen Staatsordnung gedeihenden politischen Neurosen nur ersetzbar sind durch eine Vernunftneurose, die ihrerseits elementare, wenn auch unheilvolle politische Bedürfnisse verdrängen hilft. Wenn aber nur die Wahl steht zwischen verschiedenen Arten von Persönlichkeitsdeformationen, wenn eine würdevolle Staatsform wirklich mehr Vernunft erfordert, als der psychisch "normale" Mensch sie eigentlich verträgt, dann ist doch der Vernunft, wie neurotisch sie angesichts unvernünftiger In-

stunkte auch wirken mag, der Vorzug vor anderen Ursachen politischer Persönlichkeitsdeformationen zu geben. Hierauf sollten sich mindestens so lange die Hoffnungen stützen, wie eine verbesserte genetische Ausstattung der Menschen Utopie bleibt.

07 / 2002